

Mehr Alte, weniger Kinder - Katastrophe?



Die Demagogie mit der Demografie

Herausgeber: KLARtext e.V.

Autoren: Günter Berg, Gerd Bosbach

Mehr Alte, weniger Kinder – Katastrophe?

Die Demagogie mit der Demografie

Herausgeber: KLARtext e.V.

Autoren: Günter Berg, Gerd Bosbach

Inhalt

Einleitung.....	1
Dr. Günter Berg: Die Demagogie mit der Demografie – eine Verkehrung von Ursache und Wirkung.....	3
Demografischer Wandel als Folge der industriellen Revolution	5
Versorgung – abhängig von der Produktivität	6
Ende des Wohlstands wegen Nachwuchsmangel?.....	7
Geburtenrückgang als Folge der Unverträglichkeit von Familie und Beruf	8
Beispiel: Geburtenziffer vor und nach der „Wende“	9
Gesamtquotient statt Altenquotient	10
Überschussproduktion und stockende Nachfrage.....	11
Überflusgesellschaft und Automatisierung	11
Zwischenbilanz.....	13
Privatvorsorge als Ausweg aus der Demografiefalle?	14
Rente – ab wann?.....	15
Was tun?	16
Resümee	17
Nachtrag: Die Vorläufer der unheilvollen „Demografiedebatte“	19
Anmerkungen	23
Über den Autor	26
Prof. Dr. Gerd Bosbach: Demografische Entwicklung – kein Anlass zur Dramatik.....	27
Kurzdarstellung der wesentlichen Annahmen und Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.....	28
Argument 1: 50 Jahre-Prognosen sind moderne Kaffeesatzleserei	30
Argument 2: Die Modellannahmen sind durch die Politik beeinflussbar	30
Argument 3: Zur „Lebensdauer“ und Trefferquote von Bevölkerungsvorausberechnungen	31
Vorbemerkung zu den nachfolgenden Argumenten oder: Wenn doch alles so Wirklichkeit wird.....	32
Argument 4: Auch die Jungen wollen ernährt werden!	32
Argument 5: Sechs Jahre länger leben, keinen Tag länger arbeiten.....	33
Argument 6: Produktivitätsfortschritt erlaubt mehr Rentner	34
Argument 7: Auswahl des „worst case“	35
Zum Schluss ein paar ketzerische Fragen	36
Die Thesen auf einen Blick	37
Anmerkungen	38
Über den Autor	38
Flugblatt KLARtext e.V.: Die Demografie-Lüge „Mehr Alte, weniger Kinder – die Katastrophe droht!“	39

Einleitung

Es sind immer die gleichen Argumente: ob es um Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung geht – die „Gesellschaft“ kann sich angeblich wegen der demografischen Entwicklung die herkömmlichen Systeme der sozialen Versicherungen nicht mehr leisten.

Dafür ein aktuelles Beispiel. Am 15.07.2014 berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) zur Reform der Pflegeversicherung:

Die gesetzliche Pflegeversicherung steuere nach Aussage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) trotz der Reformpläne der Regierung auf eine jährliche Finanzierungslücke von 11,5 bis 15,7 Milliarden Euro zu. Grund: Die Alterung der Gesellschaft. Die Zahl der Pflegebedürftigen steige von 2,5 Millionen auf bis zu 4,2 Millionen. Mit Beitragserhöhungen sei das nicht aufzufangen. Deswegen empfiehlt das IW „die Absicherung der stationären Pflegeleistung gänzlich aus dem Umlageverfahren der Sozialversicherung herauszunehmen und diese Leistungen dauerhaft durch eine – für die Versicherten obligatorische – kapitalgedeckte Vorsorge zu finanzieren“.

Die Stellungnahme des IW macht beispielhaft deutlich, worauf all die dramatischen Meldungen zur Unfinanzierbarkeit der Sozialversicherungen zielen: Im Interesse der großen Kapitalgesellschaften sollen die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung drastisch gesenkt und gleichzeitig soll den privaten Versicherungskonzernen ein riesiges neues Geschäftsfeld durch die Demontage der gesetzlichen Sozialversicherungen eröffnet werden. Diesem doppelten Interesse des Kapitals wird der Mantel des Sachzwangs umgehängt: Diese Entwicklung sei absolut alternativlos, weil die demografische Entwicklung sie notwendig erzwingt. Die Menschen mit ihrer immens steigenden Lebenserwartung, ihren daraus folgenden Krankheiten, Gebrechen und Bedürftigkeiten sind Ursache des Problems. Die Wirtschaft könne die Kosten der zunehmenden Alterslast nicht mehr aufbringen. Deswegen müsse der Einzelne zum einen länger arbeiten und zum anderen in eigenverantwortlicher Weise mehr für sein Alter vorsorgen.

Diese Argumentation erscheint nicht ganz unplausibel, weil sie durchaus an Wahrnehmbarem anknüpft. Die Menschen werden älter und die Zahl älterer Leute im Erscheinungsbild der Städte nimmt zu. Aber sind sie denn ein Problem? Die wissenschaftliche Demografie sei angeblich untrüglich und unbestechlich. Vor ihren Ergebnissen dürfe man nicht die Augen verschließen, erklären die Politiker. Aber stimmt das eigentlich? Gibt es den Verteilungskampf zwischen Jungen und Alten?

Wir – Mitglieder von KLARtext e.V. – haben uns auf unserem Sommerseminar Ende Mai mit der Demografiefrage befasst und dabei festgestellt, dass es sich hierbei um eine systematische politische Kampagne handelt. Die offiziellen Statistiken sind durchaus zu hinterfragen und vor allem deswegen zu kritisieren, weil sie einseitig und linear fiktive Entwicklungen beschreiben, deren Realitätsgehalt keineswegs gesichert ist. Darüber hinaus – und das ist methodisch das Fragwürdigste – wird die demografische Entwicklung völlig isoliert vom Umfeld wirtschaftlicher und sozialer Bedingungen betrachtet. Das ist aber absolut unzulässig, weil Wachstum oder Schrumpfen der Bevölkerung immer auch Ergebnis wirtschaftlicher, sozialer, politischer und nicht zuletzt auch militärisch-kriegerischer Entwicklungen ist. Ein kurzer Blick auf die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands in den letzten hundert Jahren im Verhältnis zur Entwicklung der Produktivkräfte und zu den wichtigsten politischen Zäsuren macht das sofort deutlich. So ist die deutsche Bevölkerung in der Gründerzeit zwischen 1871 bis 1914 am stürmischsten gewachsen. Noch schneller als die Bevölkerung wuchs aber die Wirtschaftskraft. Die Epoche war gekennzeichnet durch eine rasche Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums. Die wachsende Bevölkerung war notwendig, um den Reichtum zu erwirtschaften. Die Demografie war kein Problem.

Heute aber soll sie das Hauptproblem unserer Gesellschaft bilden. Um dieses Truggebilde zu durchschauen, muss man sich mit den Fakten vertraut machen. Deswegen haben wir auf unserem Seminar beschlossen, eine Broschüre zur Demografiefrage herauszugeben. Unserem Seminar lagen zwei Texte zu Grunde, von

- Dr. Günter Berg: „Die Demagogie mit der Demografie“ und von
- Prof. Dr. Gerd Bosbach: „Demografische Entwicklung – kein Anlass zur Dramatik“.

Wir fanden die Texte so klar und erhellend, dass wir sie unserem Leserkreis und anderen Interessierten zugänglich machen wollen. Die Autoren haben uns dazu ihre freundliche Genehmigung erteilt. Dafür – und zuallererst natürlich für ihre wichtige wissenschaftliche Arbeit – bedanken wir uns sehr herzlich.

Ergebnis des Seminars war ein Flugblatt „Die Demografie-Lüge ‚Mehr Alte, weniger Kinder – die Katastrophe droht!‘“, das wir ebenfalls abdrucken.

Frankfurt am Main im August 2014

Dr. Günter Berg:

Die Demagogie mit der Demografie – eine Verkehrung von Ursache und Wirkung

Im Folgenden soll dem Denkmuster der „Demografischen Herausforderung“ als Begründung für die „Agenda 2010“ kritisch nachgegangen werden ¹. Am bekanntesten ist wohl der Weckruf von Franz Müntefering im Sommer 2003 auf einer Betriebsräte-Vollversammlung: „Wir Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit die drohende Überalterung unserer Gesellschaft verschlafen. Jetzt sind wir aufgewacht. Unsere Antwort heißt: Agenda 2010! Die Demographie macht den Umbau unserer Sozialsysteme zwingend notwendig.“ ²



NRhZ-Archiv

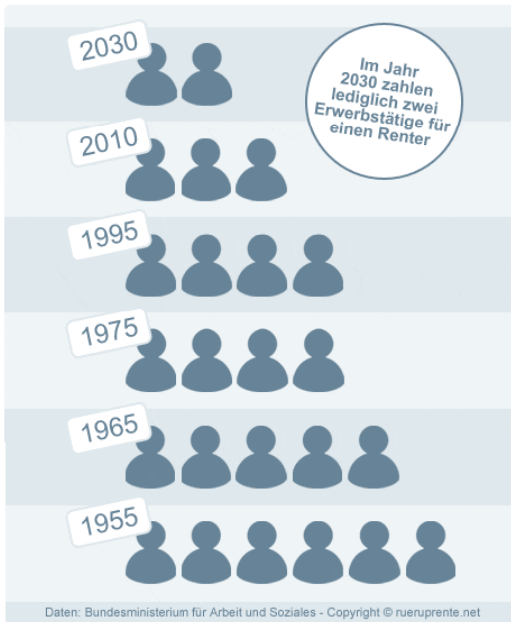
Der Weckrufer: Franz Müntefering

Es war der Startschuss für einen in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen Sozialabbau, für die Einführung der ‚Rente mit ‚67‘, für drastische Rentenkürzungen und für die schrittweise Privatisierung der Sozialsysteme. Gleichzeitig wurden tiefgreifende „Strukturreformen“ beschlossen: Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes (Lockerung des Kündigungsschutzes, Leiharbeit, Minijobs usw.), Personalabbau und Niedriglohnsektor mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit „unserer“ Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu stärken ³.

Um es vorwegzunehmen: Der Rückgang der Beitragszahler und der Beiträge zur Rente resultiert aus dem Abbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse und der Zunahme von Niedriglöhnen. Mit dem „Altenquotienten“ ⁴, dem sich verändernden Zahlenverhältnis von „Alten“ zu „Jungen“, hat das rein gar nichts zu tun. Allerdings lassen sich mit dieser Klein-Fritzchen-Rechnung die so begründeten „Sparmaßnahmen“ einer breiten Öffentlichkeit gegenüber als unumgänglich und vor allem „generationengerecht“ darstellen.

Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern

Wie viele Erwerbstätige sorgen für einen Rentenempfänger?



Quelle: rueruprente.net

Immer wieder neu in Szene gesetzt: Die angebliche Rentenlast

„Alle wissen, dass die heutigen Renten nicht mehr zu bezahlen sind, wenn gegen Ende des nächsten Jahrzehnts die Zahl der Ruheständler beständig zu- und die der Beitragszahler kontinuierlich abnimmt.“ (DER SPIEGEL vom 5.11.2012, S. 27). Dabei wird zustimmend Bezug genommen auf den damaligen Kanzlerkandidaten der SPD, der sich gegen eine teilweise Rücknahme der Agenda-Rentenreformen aussprach, wie sie von einer Mehrheit seiner eigenen Partei und dem DGB gefordert wird: „Steinbrück dagegen verlangte bislang stets, das Rentensystem rechtzeitig auf die Folgen des demografischen Wandels einzustellen, nicht zuletzt in den hochbezahlten Vorträgen, die er in der Vergangenheit bei Banken, Verbänden oder vor Unternehmensberatern gehalten hat.“ Zitat Steinbrück: „Die Mathematik lässt sich politisch nicht überlisten, auch nicht, indem man die Rente mit 67 suspendiert.“ (ebd.)

Und die Mathematik geht so: auf 100 Erwerbsfähige (20-64-Jährige) kommen heute 32, im Jahr 2050 aber schon 64 Nicht-Mehr-Erwerbsfähige (ab 65-Jährige). Oder anders gesagt: Heute versorgen noch vier Junge einen Alten, morgen sind es nur noch zwei. Die Versorgungslast verdoppelt sich also. Der Generationenvertrag trägt nicht mehr. Da helfen nur noch radikale Rentenkürzungen und Privatvorsorge!

Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass wir es nicht mit einer Verdoppelung der Versorgungslast, sondern mit einem doppelten Denkfehler zu tun haben. Der erste besteht darin, aus der Überalterung ein Versorgungsproblem zu machen. Der zweite in dem Glauben, mit dem Umstieg in die Privatvorsorge den demografischen Wandel überlisten zu können ⁵.

Demografischer Wandel als Folge der industriellen Revolution

Die Versorgung der Alten, wie der Gesellschaft überhaupt, hängt vom Stand der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität ab – und nicht vom Umfang der Bevölkerung oder der Altersstruktur. Wir leben ja nicht mehr im Mittelalter! Oder haben heutige Entwicklungsländer mit ganz vielen Kindern und wenig Alten, wie Marokko oder Pakistan, eine besonders gute Versorgungslage? In den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern hängt die Wirtschaftskraft nicht von der Anzahl der Köpfe ab – das weiß doch eigentlich jeder!

Der „Demografischen Wandel“, der uns angeblich demnächst in eine düstere Zukunft führt, ist eine Folge der industriellen Revolution! Geburtenrückgang und steigende Lebenserwartung ⁶ begleiten uns schon seit rund 150 Jahren. Allein zwischen 1900 und 2000 hat eine Verdreifachung des Altenquotienten stattgefunden. Verdreifachung der Versorgungslast? Im Gegenteil! Dank Industrialisierung, Gewerkschaften und Sozialgesetzgebung hat das zu steigenden Löhnen und einer drastischen Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von seinerzeit mehr als 80 auf weniger als 40 Stunden geführt, Fünf-Tage-Woche plus Jahresurlaub. Und das Renteneintrittsalter wurde von 70 auf 65 Jahre gesenkt. Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg kontinuierlich.

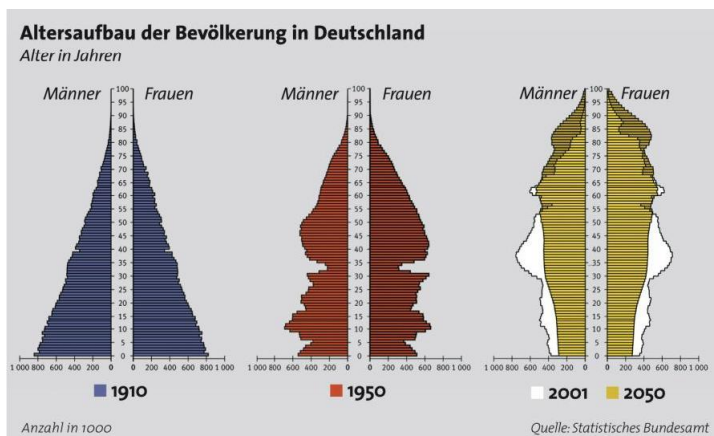
Gleichzeitig wurde die Kinderarbeit Ende des Jahrhunderts erheblich eingeschränkt und schließlich ganz verboten. Schule statt Feld- und Fabrikarbeit. Die Gesellschaft ging nicht unter, sondern konnte auf dieses Arbeitskräftepotenzial sogar verzichten. Und die Geburtenrate sank – nicht zuletzt, weil die Kindersterblichkeit zurückging. Ein zivilisatorischer Fortschritt! Im Jahr 1900 hatten 50% der Ehepaare vier und mehr Kinder. 1980 waren es nur noch 3%. Die Ursachen dieser Entwicklung sind bessere Lebensbedingungen, medizinischer Fortschritt, neue Verhütungsmethoden und Hygiene.

Versorgung – abhängig von der Produktivität

Stichwort: Produktivität. Um 1900 waren weit über 30 Prozent der Bevölkerung noch in der Landwirtschaft tätig – heute liegt der Anteil bei 1 bis 2 Prozent. Und die wenigen Produzenten produzieren heute soviel wie früher die vielen. Und bekanntlich geht seit Jahrzehnten ein erklecklicher Teil an EWG- bzw. EU-Subventionen in die Landwirtschaft – und zwar nicht zur Steigerung der Ernten, sondern zu ihrer Drosselung! Versorgungsprobleme?

Es gibt kein demografisch bedingtes „Versorgungsproblem“! Der höhere Altenquotient ist vielmehr Resultat eines enorm verbesserten Lebensstandards in den westlichen Industrieländern. Ursache ist der ungeheure Produktivitätsfortschritt durch forcierten Einsatz von Maschinerie, Wissenschaft und Technik, von industrieller Massenproduktion und erhöhter Kaufkraft.

Umgekehrt war die durchschnittlich viel jüngere Bevölkerung um 1900 mit dem deutlich niedrigeren Altenquotienten von 1 : 12 alles andere als ein Wohlstandsindikator. Damals gab's noch die schöne „Bevölkerungspyramide“, den Tannenbaum, nach dem sich heute alle so sehnen – und dabei vergessen, was das konkret bedeutete: Ziemlich bescheidene Lebensverhältnisse!



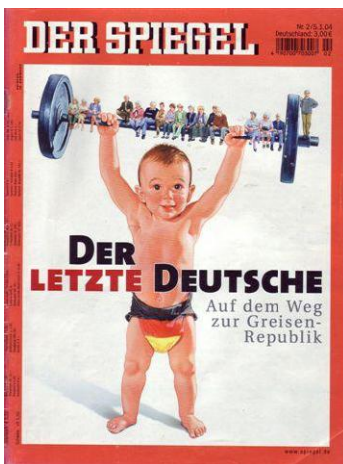
Von der Pyramide zur Urne – ein einprägsames Schreckensszenario

1950 lag der Altenquotient dann bei 1 : 7, und heute ist er bei 1 : 4. Und im Jahr 2050 wird er – so die Statistiker – bei 1 : 2 liegen. Es ist kein Versorgungs-, sondern ein Luxusproblem! Die Arbeitsproduktivität wächst zwischen 1,5 und 2,5 Prozent jährlich, der Altenquotient um 0,75 Prozent. Wo ist das Problem? Es ist und bleibt eine Verteilungsfrage bei zunehmendem materiellen Wohlstand!

Kurzum: aus einem steigenden Altenquotienten ein Versorgungsproblem zu machen ist Unfug und Volksverdummung. Das wäre eigentlich nur komisch, wenn es nicht so fatale Konsequenzen hätte. Denn mit dieser Milchmädchenrechnung wird heute das gesetzliche Rentensystem ruiniert ⁷ und zugleich die Privatvorsorge staatlich hochgepäppelt. Und das wird uns auch noch als Ausweg aus der ‚Demografiefalle‘ verkauft. Damit wird das Problem erst geschaffen, das man zu lösen vorgibt: die Altersarmut. Zunächst aber noch einmal zum Nachwuchsproblem.

Ende des Wohlstands wegen Nachwuchsmangel?

Einer der renommiertesten Bevölkerungswissenschaftler der Republik, Prof. Dr. Herwig Birg, kommt zu folgender Erkenntnis: „Dass die Leute erfreulicherweise immer älter werden, macht nur etwa 20 Prozent des Problems aus. Bis zum Jahr 2050 wird die Zahl der über 60-jährigen Menschen zwar um zehn Millionen steigen. Die eigentliche Katastrophe ist, dass zeitgleich die Zahl der 20- bis 60-jährigen um zehn Millionen sinken wird – und zwar deshalb, weil zu wenig Menschen geboren wurden. Da die Kinder, die nicht geboren wurden, logischerweise keine Kinder in die Welt setzen können, verschärft sich das Problem in den Folgegenerationen noch zusätzlich. Die Konsequenz: Die deutsche Wirtschaft wird mittelfristig ihr Rückgrat verlieren, weil keine neuen Arbeitnehmer heranwachsen.“ (in: FOCUS Online am 21.12.2009)



Das bekannte Bild der demografischen Panikmache

Das ist wieder so schön plausibel. Das kann Klein-Fritzchen sofort begreifen. Was er aber nicht begreifen kann, ist, dass er auf dem Arbeitsmarkt heute schon – trotz konstant niedriger Geburtenrate von 1,36 Kindern pro Frau – kaum Chancen auf ein Normal-Beschäftigungsverhältnis hat, wie es sein Papa noch hatte. Und weil das so ist, kann die gegenwärtige Generation im erwerbsfähigen Alter auch noch nicht ans Kinderkriegen denken. Sie denkt eher ans Auswandern. Die Demografen aber bleiben fest in ihrem statistisch-empirischen Glauben: weil wir zu wenig Kinder haben, geht die deutsche Wirtschaft zugrunde ⁸.

Und überhaupt: Geburtenrückgang findet sich bekanntermaßen nur bei einem kleinen Teil der Weltbevölkerung, nämlich dem der hoch entwickelten westlichen kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Industrieländer. Mit Blick auf den Rest der Welt fürchten wir uns heute vor dem Gegenteil: der „Bevölkerungsexplosion“! ⁹ Alles Bio – oder was?

Geburtenrückgang als Folge der Unverträglichkeit von Familie und Beruf

Geburten haben zwar auch etwas mit Biologie zu tun, sind aber keineswegs eine naturgegebene Größe in der Geschichte der Menschheit. So sind Kinder im ‚westlichen Lebensmodell‘ unter den Bedingungen eines flexibilisierten Arbeitsmarktes zum Karrierehindernis für die einen und zum Armutsrisiko für die anderen geworden. Nur wenige, wie unsere Ursula von der Leyen oder die Pop-Madonna, können sich dank eigenem Dienstpersonal und Privatschule noch ein paar Kinder mehr leisten. Die Mehrheit der Ehepaare schlägt sich mit den „Opportunitätskosten“ von Kindern herum, wie das die BWLer nennen. Das bedeutet: niedrige Einkommen, Doppelverdiener-Problem, beengte Wohnverhältnisse, zeitfressendes Pendlerproblem, Wochenend-Beziehungen, ggf. Schichtarbeit. Dank fehlender Kita-Plätze spitzt sich der wöchentliche Koordinierungs-Stress in den Familien zu. Es ist die allseits bekannte und beklagte „Unverträglichkeit von Familie und Beruf“ ¹⁰.

Und durch diese Unverträglichkeit gerät der demografische Faktor ‚Geburtenzahl‘ tatsächlich unter Druck. Denn die familiäre Reproduktion wird auf Grund unsicherer und stressiger Arbeitsverhältnisse und erzwungener Flexibilität für den Großteil der Bevölkerung immer schwieriger. Der allseits beklagte Geburtenrückgang ist die Folge – nicht weil Mama und Papa nicht wollen, sondern weil sie beim besten Willen nicht können. Jedes weitere Kind erschwert und verlängert die Betreuungsphase. Und kostet. Denn Vater Staat muss sparen und zieht sich immer mehr aus vielen Freizeit- und Bildungsangeboten zurück. Erzwungene berufliche und räumliche Mobilität

macht eine verlässliche Familienplanung fast unmöglich und lässt die Scheidungsraten steigen. Das ist die Herausforderung.

Beispiel: Geburtenziffer vor und nach der „Wende“

Wie natürlich die „natürliche Bevölkerungsbewegung“ ist, lässt sich anhand der Geburtenentwicklung in der DDR zeigen – vor und nach der ‚Wende‘. Auf 1.000 Einwohner wurden 1965 in der BRD 17,8 Lebendgeborene gezählt, in der DDR 16,5. 1985 waren es in der BRD 9,6 und in der DDR 14,7. Nach der Wende – 1995 – hat sich die Geburtenrate in den Neuen Bundesländern halbiert: 6,5 Lebendgeborene auf 1.000 Einwohner. Warum wohl? Plötzliche Arbeitslosigkeit und unsichere Lebensperspektiven! Der demografische Wandel spiegelt nur den Wandel in den existenziellen Bedingungen der Bevölkerung wider.

Das hindert unsere Demografie- und Wirtschaftsexperten aber immer noch nicht, die Verhältnisse aus ihrem eingeübten Kopfstand heraus zu be- und verurteilen: „Dem Osten laufen die Frauen weg!“ (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung). Und hier wird wieder dasselbe Lied angestimmt: Die Flucht der Gebärfähigen treibt die Wirtschaft in den neuen Bundesländern in den Ruin, weil mit ihnen auch die zukünftigen Kinder als Arbeitskräfte fehlen! Tatsache ist: Sie „laufen weg“, weil sie dort keinen Arbeitsplatz finden und keine aussichtsreiche Lebensperspektive mehr sehen. Zurück bleiben die Alten und die gering qualifizierten jungen Männer, die dann, weil sie weder Arbeit noch Frauen finden, ihren Frust an Ausländern und anderen Sündenböcken abreagieren.

„Kinder sind unsere Zukunft!“ Ja – aber nicht in dieser Wirtschaftsordnung! Wo systematisch Arbeitsplätze aus Gründen privatwirtschaftlicher Effizienz eingespart werden, wird gesamtgesellschaftlich Massenarbeitslosigkeit produziert – und damit zugleich ein wachsendes Prekariat und öffentliche Armut ¹¹. Was wäre, wenn unter diesen Bedingungen die Anzahl der Geburten steigen würde? Kinder, die später arbeitslos sind, können niemanden mitversorgen, sie werden selber zur Versorgungslast! Diese Gesellschaft ist ja heute schon nicht in der Lage, den wenigen Kindern, die wir haben, ausreichende Betreuungs-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu bieten! ¹²

Es ist eben kein ausbleibender Nachwuchs, der die Renten bedroht, sondern es sind die Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch Senkung der Lohn- und Lohnnebenkosten – hier: der paritätisch finanzierten Rentenbeiträge. Aber diese Einsicht ist immer noch überlagert von der verbreiteten Überzeugung, dass es doch die Entscheidungsfreiheit jedes Einzelnen ist, die den Gang der Dinge bestimmt. Und dass, wenn jeder sich anstrengt und seine Fähigkeiten einbringt, er seinen Lebensstandard ent-

sprechend verbessern kann und dass dann logischer Weise als Ergebnis leistungsgerechter „Wohlstand für Alle“ dabei rauskommt. Kommt aber nicht ¹³.

Gesamtquotient statt Altenquotient

Bleiben wir noch einen Moment bei der Mathematik von Klein-Fritzchen und seiner Schwester, dem Milchmädchen. Wenn wir den beiden die Versorgungslage der Gesellschaft statistisch anhand der Gegenüberstellung von Altersgruppen erklären wollen, dann wären nicht nur die Alten als Mitzuversorgende zu betrachten, sondern auch die Jungen, die noch nicht im erwerbsfähigen Alter sind. Das heißt, wir müssen den statistischen Gesamtquotienten und nicht nur den Altenquotienten betrachten.

Und diese Kleinen sind, wie wir alle wissen, nicht ganz billig, bevor sie groß sind! Das betrifft nicht nur den elterlichen Geldbeutel, sondern auch den von Vater Staat, nämlich für Kitas, Schulen und Universitäten sowie deren Personal. Und das dauert bekanntlich mindestens zwei Jahrzehnte, bevor die lieben Kleinen dann selber erwerbsfähig sind – erwerbstätig sind sie dann noch lange nicht!

Der Gesamtquotient ergibt jedenfalls eine absolut höhere Versorgungslast, aber eine deutlich geringere statistische Steigerungsquote. Auf 100 Erwerbsfähige kommen bei dieser Rechnung heute 82 Nicht-Erwerbsfähige und 2050 wären es 112. Das heißt, die als Horrorszenario an die Wand gemalte Verdoppelung der Versorgungslast bis 2050 kommt nur zustande durch den unzulässig verengten Blick auf den Altenquotienten! ¹⁴

Aber was die „Lasten“ betrifft, kommt es ja noch dicker! Bisher haben wir drei Altersgruppen in einen statistischen Versorgungszusammenhang gebracht: die Alten und die Jungen, die beide von den „Mittelaltrigen“, nämlich den Erwerbsfähigen (20- bis 64-Jährige), versorgt werden müssen. Das würde aber voraussetzen, dass alle Arbeit haben. Zu denjenigen, die keine haben und nicht zur Rente beitragen, gehören: Offizielle und versteckte Arbeitslose (7 Mio.), Mini- und Midi-Jobber sowie Aufstocker (4 Mio.), Millionen von Frühverrenteten, die ‚sozialverträglich‘ aus dem Arbeitsleben verabschiedet wurden, weil sie den Arbeitgebern zu teuer waren, und die „Nur-Hausfrauen“ (etwa 5 Mio., ein Drittel aller Frauen im erwerbsfähigen Alter).

Also: Nur ein Teil der statistisch Erwerbsfähigen, nämlich die tatsächlich Erwerbstätigen, versorgen Alle. Und zwar die gesamte Bevölkerung! Von unseren rund 52 Mio. „im erwerbsfähigen Alter“ sind nur rund 42 Mio. tatsächlich erwerbstätig, davon 27 Mio. SV-Beschäftigte und davon wiederum nur 23 Mio. Vollzeit-SV-Beschäftigte. Jetzt haben wir nicht nur die Rentenlast, sondern so etwa die tatsächliche „Versorgungslast“ der Gesellschaft. Und die

wäre nun wirklich bedrohlich, wenn wir noch im vorindustriellen Feudalismus leben würden. Denn dann müssten sich die leibeigenen Bauern ganz schön oft bücken auf den Kartoffeläckern, um die Herumsitzenden samt ihren Herrschaften mit durchzufüttern.

Das heißt: nicht erst seit heute trägt ein Erwerbstätiger locker die ‚Versorgungslast‘ von – sagen wir mal - drei Nicht-Erwerbstätigen. Ein wahres ‚Horrorszenarium‘ aus Sicht der Demografen!

Überschussproduktion und stockende Nachfrage

Das ist aber immer noch nicht alles. Denn wir sind ja keine bäuerlichen Selbstversorger. Es werden ja auch noch reichlich industrielle Überschüsse produziert und exportiert. Das heißt, unsere Erwerbstätigen erarbeiten viel mehr Güter als im Land benötigt werden. Sie erarbeiten die Unternehmensgewinne plus die Vermögen der Anleger, mit denen auf den globalen Finanzmärkten so flott spekuliert wird. Keine Knappheit an Gütern, sondern finanzgetriebener Kapitalismus.

Im Klartext: In dieser Wirtschaftsordnung wird systematisch zu viel produziert für die vorhandene zahlungsfähige Nachfrage. Es ist nicht zu wenig Geld da, um den Arbeitnehmern einen längeren Rentenbezug zu finanzieren, sondern den Arbeitnehmern wird vom immer größer werdenden Mehrprodukt ein immer größerer Teil vorenthalten, der dann stattdessen die Finanzmärkte flutet.

Und hier, in der Krise, schließt sich der Kreis und damit die ganze Widersprüchlichkeit dieser Wirtschaftsordnung: die Gewinne können immer weniger realisiert werden, weil der Absatz, die zahlungsfähige Nachfrage, im unternehmerischen Wettbewerb dank Senkung der Lohnkosten zwangsläufig zurückgeht. Während die einen immer weniger zum Leben haben, suchen die anderen verzweifelt nach Anlagemöglichkeiten für ihre Vermögen. Eine typische Demografiefalle!

Überflusgesellschaft und Automatisierung

Die industrielle Massenproduktion hat uns bisher nicht nur keine Altersarmut beschert, sie hat uns mitten hineingeführt in die Überfluss- und Wegwerfgesellschaft. Und hier, im Schlaraffenland von „König Kunde“ werden wir mit einem Schreckensbild ganz anderer Art konfrontiert: den Folgen des forcierten Abbaus von Arbeitsplätzen durch neue Schübe der Automatisierung und Digitalisierung der Arbeitsprozesse. „Der Gesellschaft geht die Arbeit

aus!“ Statt zu weniger Köpfe im erwerbsfähigen Alter haben wir zu viele – jedenfalls unter den Bedingungen privatwirtschaftlicher Effizienz.

Was durch Wissenschaft und Technik für alle mehr Gemütlichkeit in die Welt bringen könnte, wird in unserer freien Marktwirtschaft pervertiert zur gesellschaftlichen Polarisierung von Armut und Reichtum. Gemütlichkeit für ganz Wenige und immer mehr Ungemütlichkeit für ganz Viele. Von der damit verbundenen globalen ökologischen Ungemütlichkeit durch diese Art rücksichtslosen Wachstums mal ganz abgesehen. Ein naturgegebener und unausweichlicher Prozess in der Geschichte der Menschheit – oder?



Quelle: Google Bilder

Steigende Arbeitsproduktivität mit immer weniger Erwerbstätigen

„Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand für Alle“? Ja – aber leider nur als vorübergehende Erscheinung für einen kleinen Teil der Weltbevölkerung, der sich mit der Industrialisierung einen Produktivitätsvorsprung erwirtschaftet hat und die Schwellenländer als verlängerte Werkbänke nutzt. Dorthin haben wir nun unsere frühkapitalistischen Verhältnisse, die dunkle Seite der Wohlstandsgesellschaft, exportiert. Man schaue etwa nach China, Bangladesch, Pakistan oder Vietnam.

Für alle, die das Glück hatten, hier das Licht der Welt zu erblicken, gilt: Konsum um des Konsums Willen! Genauer gesagt: Konsum um des Profits Willen! Shoppen als Event. Ob bei Aldi, H&M, bei drospä, Dussmann und – „ich bin doch nicht blöd!“ - im MediaMarkt, bei OBI oder IKEA. In den Einkaufszentren quellen die Regale über. Luxusläden und Billiganbieter. Innovationen und Schein-Innovationen, um Umsatz und Konsum anzuheizen. Eingebauter realer und moralischer Verschleiß: von der Glühbirne bis zur Haute Couture ¹⁵. Marketing und Konsumentenforschung auf ‚Teufel komm raus!‘. Nicht Unter-, sondern Überangebot. Eine sehr prekäre Form des Wachstums, der Beschäftigung und des Wohlstands!

Die Existenzfrage dieser Gesellschaft lautet daher: Wo kriegen die Unternehmen die notwendigen zahlungsfähigen Kunden her, wenn sie die Kunden als lohnabhängige Beschäftigte – aus Wettbewerbsgründen – immer schlechter bezahlen und vor die Tür setzen? „Autos kaufen keine Autos!“ wusste schon Henry Ford. Angebot und Nachfrage können sich nun mal nicht im Gleichgewicht halten, wenn das Angebot nur verbessert werden kann, indem die zahlungsfähige Nachfrage verringert wird. Stellen wir uns einen Moment lang vor, alle Beschäftigten würden auf ihre Bezahlung verzichten und damit als Kunden ausfallen – dann wird's vielleicht deutlicher, was das Problem der Privatwirtschaft und der Gewinnerzielung ist ¹⁶.

Dass diese Art der Maßlosschleife von Produktion und Konsumtion billiger Massenware mit eingebauter Kurzlebigkeit auch die natürlichen Lebensbedingungen auf dem Planeten zerstört – hat sich inzwischen herumgesprochen. Und so stellt sich die ‚Versorgungsfrage‘ heute ganz anders: als globale Überlebensfrage einer Verarmungs- und zugleich Überflusgesellschaft. Nix Demografie, sondern Ökonomie und Ökologie! (PK)

Zwischenbilanz

Die bisherige Betrachtung zeigte, dass eine simple Milchmädchenrechnung ausreicht, um ein ‚Versorgungsproblem‘ zu kreieren: Wenn immer weniger Kinder als zukünftige Erwerbsfähige immer mehr Alte als Rentner finanzieren müssen, dann hat die Solidarität zwischen den Generationen keine Grundlage mehr. Dass es die ‚Überalterung‘ bereits seit 150 Jahren – seit Beginn der Industriellen Revolution – gibt, wird dabei schlicht übersehen. Ebenso, dass wir es in dieser Zeit zu einer Wohlstands- und Wegwerfgesellschaft gebracht haben, in der Produktivität und Wirtschaftswachstum zum Geschäft gehören. Lässt man diesen Aspekt aber außen vor, dann „leben die Alten auf Kosten der Jungen!“ Als Lösung dieses Problems bleibt dann nur die drastische Kürzung der Renten bzw. der Rentenbezugsdauer – und der Umstieg in die Privatvorsorge!



Quelle: IG BCE

Privatvorsorge als Ausweg aus der Demografiefalle?

„Sie würden doch auch nicht das Sparschwein ihrer Kinder plündern – oder? Immer mehr Alte, immer weniger Junge – Deutschland steht vor großen Herausforderungen! Wenn die wenigen Jüngeren auch noch die Gesundheitskosten für die vielen Älteren tragen müssen, wird es eng. Die Privatversicherten schonen die Sparschweine unserer Kinder. Sie sorgen für ihre höheren Gesundheitsausgaben vor und entlasten so kommende Generationen.“ (Verband der Privaten Versicherer, Online-Werbetext Ende Juni 2012).

Hier werden wieder in demagogischer Weise die Generationen gegeneinander ausgespielt und die Privatvorsorge liebevoll als Rettung aus der ‚Demografiefalle‘ gepriesen. Diese soll nun dem zukünftigen Rentner seinen Rentenanspruch plus Rendite ermöglichen. Statt es im Umlagesystem gleich weiter zu reichen, soll er das Geld ansparen und für sich arbeiten lassen. Nach dem Motto: Wenn jeder für sich selber sorgt, ist für alle gesorgt – und zwar mit Rendite! Wo die wohl dauerhaft herkommen soll? Sowohl die Renten als auch die Zinsen müssen erst noch erarbeitet werden. Und zwar zu dem Zeitpunkt, an dem die Leute davon leben müssen. Von nichts kommt nichts. Ansparen geht nicht. Brücken und Schienen sind nur schwer verdaulich.

Wenn die Rentenfinanzierung ein Demografie-Problem wäre, dann gälte das auch für die Privatvorsorge! Was verzehrt werden soll, muss jeweils erwirtschaftet werden und zwar von den Erwerbstätigen einer Generation für die Nicht-Erwerbstätigen derselben Generation (Mackenroth-Theorem). Dabei ist es egal, ob das Erwirtschaftete per Umverteilung oder in Form von Zinsen und Renditen weitergegeben wird.

Richtig ist allerdings, dass sich mit der Privatvorsorge ein kleiner Kreis besser versorgen kann, solange es relativ wenige Anspruchsberechtigte gibt. Wenn sich alle privat versichern und zu Anspruchsberechtigten werden, löst sich der Vorteil wieder auf – wie bei Kettenbriefen! Es sei denn, die Wirtschaft wächst exponentiell bis in alle Ewigkeit.

Für unser Thema ist aber ein anderer Punkt entscheidend. Privatversicherungen sind für die Versicherten grundsätzlich unsicherer und teurer als das gesetzliche Umlagesystem. Wie sollte es auch anders sein? Teurer, weil neben den deutlich höheren Verwaltungskosten auch noch die nicht zu knappen Marketingkosten, Provisionen und die Gewinne dazukommen – von den Lustreisen der Versicherungsvertreter mal abgesehen! Und unsicherer, weil Renditen sich in der Krise schnell verflüchtigen und die Versicherten dann mit leeren Händen dastehen – wie jüngst bei den Rentenfonds in den USA. Ähnlich bei den Betriebsrenten. Jedenfalls: die Versicherten bezahlen mehr als im Umlagesystem!

Und wer sind die Gewinner? Zuallererst die Arbeitgeberseite mit gedeckelten Beitragssätzen. Und natürlich die Versicherungsbranche selbst (Maschmeyer & Co.). Ein Milliardengeschäft, wie sie selber sagt. Und es profitieren diejenigen, die sich als prominente Werbeträger damit ein kleines Taschengeld dazuverdienen: die Riesters, Rürups, Raffelhüschen, Steinbrücks und wie sie alle heißen.

Angeschmiert sind aber alle Arbeitnehmer, die neben dem eingefrorenen Beitragssatz nun alle Mehrkosten zur Alterssicherung (11 plus 4 = 15 Prozent) selbst tragen dürfen, aber beim besten Willen im Niedriglohnsektor nicht können. Vorprogrammierte Altersarmut – demografisch begründet! Kurz: die Privatvorsorge macht viele reich, nur nicht die Rentnerinnen und Rentner.

Rente – ab wann?

Rente mit '67? Das war ja nur der Einstieg. „Deutsche müssen sich auf Rente mit '70 vorbereiten“ (DIE WELT vom 26.07.2012). Und es geht munter weiter. Denn „die Mathematik“ geht ja bekanntlich so: Um den Altenquotienten und damit – so die naive Rechnung – die „Versorgungslast“ konstant zu halten, brauchen wir die „Rente mit '75“ (Hüther, Birg, Berlin Institut sowie auch die amtlichen Statistiker). Der Altenquotient als Verteilungsmaßstab! Wie wäre es denn mit der Steigerungsrate der Produktivität?

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Bis zum Lebensende gesund, produktiv und kreativ tätig zu sein, wünscht sich natürlich jeder. Von daher bräuchten wir überhaupt keine Altersgrenze! ¹⁷ Hier geht es aber um etwas ganz Anderes. Hier geht es um den Abbau gewerkschaftlich und per

Gesetz erkämpfter Schutzregeln für die Beschäftigten. Es geht um Rentenkürzungen, die mit dem dümmlichen Demografie-Argument begründet werden.

Was sagen unsere Parteien? Die SPD will erst den Nachweis, dass mindestens die Hälfte der Alten überhaupt eine Chance auf einen Arbeitsplatz hat. Aber welches Unternehmen beschäftigt freiwillig Ältere, wenn es Junge billiger haben kann? Und mit Mindestlöhnen ist das Problem genauso wenig zu lösen wie mit Ursulas Zehn-Euro-Renten-Zuschuss im Monat für die Lebensleistung von 40 Jahren Arbeit. Und selbst dieses Gnadenbrot machte ihr die FDP noch streitig. So frei sind unsere Marktradikalen!

Und was passiert, wenn die SPD-Forderung in Erfüllung geht? Wenn Ältere die Arbeitsplätze noch ein paar Jährchen besetzt halten, auf die die Jungen so dringend warten? Dann gibt's Krach in der Familie! Dann haben wir wirklich einen Generationenkonflikt – aber eben nicht aus demografischen, sondern aus ökonomischen Gründen!

Überhaupt: Die Vorstellung, dass Alle mehr arbeiten müssten, damit mehr für Alle da ist – diese Vorstellung geht an der Logik unseres Wirtschaftssystems völlig vorbei. Die Agenda-Politik des Personalabbaus und der Lohndrückerei, die jetzt auch den übrigen Euro-Ländern durch die Kanzlerin und die Troika aufgezungen wird, ist Öl ins Feuer eines zerstörerischen globalen Wettbewerbs. Sie treibt große Teile der Bevölkerung in die Armut und die Wirtschaft an den Abgrund. Von den ökologischen Folgen ganz zu schweigen!

Was tun?

In Schlagworten und ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

m In der Rentenpolitik:

- Ø Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung durch Einbeziehung aller Erwerbstätigen; Abschaffung der Beitrags-Bemessungsgrenze; staatliche Fördergelder für die gesetzliche RV – statt Riester und Rürup;
- Ø Rücknahme aller Rentenkürzungen, Nachholfaktoren und Anpassungsformeln; andernfalls wird die gesamtgesellschaftliche Nachfrage drastisch geschwächt; es drohen Dauerdeflation und Altersarmut und die weitere soziale Spaltung der Gesellschaft;
- Ø „Rente mit '60!“ EU-weite Verkürzung und Angleichung der Lebensarbeitszeit!

m In der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik:

- Ø Breite Bildungs- und Qualifizierungsoffensive;
- Ø Gesetzlicher Mindestlohn; Abschaffung des Niedriglohnssektors; sichere Beschäftigungsverhältnisse; generelle Arbeitszeitverkürzung (30 Stunden-Woche); Recht auf Arbeit.
- Ø Statt den Euro-Staaten die Agenda-Politik aufzuzwingen, muss das Lohn- und Steuerdumping zwischen den Ländern beendet werden; stattdessen gemeinsame Arbeitsmarkt- und Sozialstandards.

m In der Wirtschafts- und Finanzpolitik:

- Ø Abkehr von der Politik der Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung! Sozial gerechte Besteuerung großer Vermögen, Verhinderung legaler und illegaler Steuerflucht;
- Ø Umbau der Industrieproduktion auf ökologisch verträgliche Produkte. Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors mit sozialen Dienstleistungen vor allem im Bereich Bildung und Gesundheit.

Auf die kürzeste Formel gebracht: Abkehr von der Agenda-2010-Politik. Und perspektivisch die Änderung der ökonomischen Spielregeln. Wir werden die Beitragsprobleme für die Sozialkassen (Rente, Krankheit, Pflege, Arbeitslosigkeit) und so manches Andere nicht lösen können, solange Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit nur dadurch stärken können, dass sie den „Kostenfaktor: Arbeit“ senken. Denn mit Niedriglöhnen und mit gar keinen Löhnen ist nun mal keine Alterssicherung zu machen – weder per Umlage noch privat.

Resümee

Das Denkmuster von der „Demografischen Herausforderung“ bleibt hochaktuell – mit all seinen verqueren politischen Implikationen. Es findet sich nicht nur in den Köpfen unserer Eliten. Es findet auch breite Zustimmung in der Bevölkerung, selbst bei jenen, die zu den Verlierern der Agenda-Politik gehören. Wie ist das möglich?

In der Alltagswelt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt es nicht nur zunehmenden Arbeitsstress, Lohndruck und Arbeitsplatzunsicherheit als Folge der „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes. Alle Beteiligten leben zugleich als Kunden im Schlaraffenland einer betörend bunten Konsumwelt. Hier profitieren sie vom forcierten globalen Lohndumping und von einer rücksichtslosen Massenproduktion. Alle individuellen Bedürfnisse werden erfüllt – ob kleiner oder großer Geldbeutel. Und da dieser nun mal als Ergebnis eigener

Qualifikation und Anstrengung erscheint, scheinen die unterschiedlichen Einkommen eben auch leistungsgerecht zu sein. Zudem hat in der westlichen Demokratie noch jeder als Staatsbürger die Möglichkeit, diejenige Partei zu wählen, die aus seiner Sicht die richtige (Wirtschafts-) Politik macht. Mehr Freiheit geht nicht. Planwirtschaft will keiner, weil das ja bekanntlich nur die Verwaltung des Mangels ist, nur „Armut für Alle“.

Das Problem ist aber die Eigendynamik dieser „sozialen Marktwirtschaft“ mit ihren merkwürdigen Nebenwirkungen. Es zeigen sich immer mehr die Folgen des Widerspruchs, dass Löhne für das einzelne Unternehmen als Kostenfaktor zu Buche schlagen, in der Summe aber als zahlungsfähige Nachfrage erforderlich sind, um die Gewinne zu realisieren. So führt der global entfesselte Wettbewerb der Unternehmen zum weltweiten Lohndumping, auch zum flüchtigen Aufstieg neuer Mittelschichten, aber eben nicht zum „Wohlstand für Alle!“. Die Schere zwischen Armut und Reichtum öffnet sich weiter. Durch Konsum auf Kredit kann die Nachfrage auch der Geringverdiener noch eine Weile über Wasser gehalten werden. Aber dann werden Kredite faul und die Absatzmärkte für den Massenkonsum brechen ein. Der Wachstumsmotor stottert sich in die Krise. Und das Spiel beginnt von Neuem – auf jeweils höherem Blasenniveau.

Da kommt „der demografische Wandel“ als plausible Erklärung sehr gelegen – nicht als Folge, sondern als Ursache der ökonomischen Probleme. Die Bevölkerung ist schuld! Denn der Markt scheint ja Angebot und Nachfrage optimal zu vermitteln. Der eigentliche Grund für die Finanzierungsprobleme der Sozialsysteme, für die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit „unserer“ Wirtschaft und für stagnierendes Wachstum kann offenbar nur die schrumpfende und alternde Bevölkerung sein! Immer weniger Erwerbsfähige stehen immer mehr Nicht-Mehr-Erwerbsfähigen gegenüber. Schrumpfende Bevölkerung und Wirtschaftswachstum – das geht gar nicht!

Wie sehr das doch geht, zeigt sich in der entgegengesetzten Klage, dass – wegen zunehmender Automatisierung (sprich: Produktivität) „der Gesellschaft die Arbeit ausgeht.“ Es gibt offenbar zu viele Erwerbsfähige für eine ständig schrumpfende Anzahl an Arbeitsplätzen!

Stattdessen wird das gängige Bild von der „demografischen Herausforderung“ beschworen: als ein von den Zahlen der amtlichen Statistik gestützter und daher objektiver Tatbestand, den man auf fünfzig Jahre hochrechnen kann und der zum Handeln zwingt – im Namen der „Generationengerechtigkeit“. Die politisch Verantwortlichen können damit sich selbst und den Wählern Weitsicht und Tatkraft vorgaukeln. Tatsächlich sind Bund, Länder und Gemeinden im „Standortwettbewerb“ um Industrieansiedlungen und Arbeitsplätze erpressbar und müssen sich den Wünschen der Investoren fügen: Deregulierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die übrigen Instrumente des

Sozialabbaus kommen dann zum Einsatz. Den Wählern gegenüber lässt sich diese unsoziale Agenda-Politik mit dem Hinweis auf „die Demografie“ aber bestens verkaufen. Das ist so plausibel, da muss man nicht weiter drüber nachdenken. Gesunder Menschenverstand reicht.

Dass wir es eigentlich mit einer „ökonomischen Herausforderung“ zu tun haben – diesen schlichten und offenkundigen Sachverhalt kann man und will man nicht wahrhaben. Denn sonst müsste man ja die prekären Spielregeln dieser besten aller Welten in Frage stellen.

Nachtrag: Die Vorläufer der unheilvollen „Demografiedebatte“

Die eigentliche Tragik der ‚Demografie-Experten‘ und Bevölkerungswissenschaftler liegt darin, dass sie – auch ungewollt - eine Biologisierung sozialer und letztlich ökonomischer Probleme befördern. Ein Blick zurück zeigt, dass wir uns mit der Demografie-Debatte gesellschaftspolitisch auf ganz dünnem Eis bewegen ¹⁸. Thomas Malthus, britischer Pfarrer und Begründer der Bevölkerungswissenschaft, war Ende des 18. Jahrhunderts der erste, der in der demografischen Entwicklung den Kern allen politischen und gesellschaftlichen Übels sah. Damals war es noch das gegenteilige Szenario: die drohende „Überbevölkerung“ angesichts einer begrenzten landwirtschaftlichen Nahrungsgrundlage.



Quelle: wikipedia

Bevölkerungswissenschaftler: Thomas Malthus (1766 - 1834)

Die wissenschaftliche Methode war dieselbe wie heute: er nahm aktuelle statistische Trends, extrapolierte sie weit in die Zukunft und prognostizierte – im Sinne des Versorgungsproblems – ein Missverhältnis zwischen Bevölkerung und Nahrungsgrundlage, das in die Katastrophe führen würde. Die Wachstumodynamik der beginnenden industriellen Revolution hatte er noch nicht auf dem Schirm.

Zugleich beklagte er das Missverhältnis zwischen erwünschtem und unerwünschtem Nachwuchs bzw. die große Vermehrungsfreude der armen Bevölkerungsschichten einerseits und die diesbezügliche Zurückhaltung der damaligen Eliten andererseits. Die sozialpolitischen Konsequenzen dieser Theorie waren fatal: die Einführung von Armenhäusern und das Verbot jeglicher Unterstützung der Betroffenen, um deren Vermehrung zu verhindern.

Die zweite große Runde der Demografie-Debatte begann in den 1920er und 1930er Jahren der Weimarer Republik und endete mit Adolf. Sie stand im Zeichen der beginnenden Weltwirtschaftskrise. So hat der renommierte Statistiker und Bevölkerungswissenschaftler Friedrich Burgdörfer ¹⁹ mit seinem Standardwerk von 1932 „Volk ohne Jugend – Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers“ eine wesentliche Grundlage für die NS-Ideologie gelegt. Er prognostizierte damals eine Verdopplung der Zahl der Rentner bis 1975 – bei gleichzeitigem Rückgang der Erwerbstätigen. Das würde dazu führen, dass dann zwei Erwerbstätige einem Rentner die Rente finanzieren müssten. Wie man sieht – ein keineswegs neues Horrorszenarium!



Quelle: F. Burgdörfer „Volk ohne Jugend“ (in: Etzemüller, FN 18)

Die nicht mehr tragbaren Soziallasten – schon 1932 beschworen!

Und die Versorgungspanik ging auch damals schon einher mit der Lehre von der Eugenik, der Unterscheidung zwischen wertem und unwertem Leben. Durch selektive Steigerung der Reproduktion wollte Burgdörfer den „qualitativ hochwertigen, kulturtragenden Volksteil“ gegen die „proletarischen unteren Volksschichten“ verteidigen und „gezielte Dämme gegen die slawische Flut“ der Einwanderer errichten.

Inzwischen sind wir mitten in der dritten Runde der Demografie-Diskussion mit ihren typischen Wahnvorstellungen. So liegen die Thesen eines Thilo Sarrazin („Deutschland schafft sich ab“), ehemaliger SPD-Finanzsenator in Berlin und später Bundesbanker, verdächtig nah an jenem Gedankengut der 30er Jahre. Es findet sich ähnlich drastisch, aber eleganter formuliert, in den Publikationen von Prof. Dr. Dr. Gunnar Heinsohn, Soziologe und Ökonom an der FU Berlin und Bremen, ähnlich gern gesehener Talkshow-Gast.

Sarrazin sieht ein demografisches Bedrohungspotenzial durch die vielen „kleinen Kopftuchmädchen“ aus bildungsfernen und leistungsschwachen Familien, die keinen produktiven Beitrag für diese Gesellschaft leisten, sondern nur unsere Sozialsysteme belasten und die uns eines Tages allein durch fleißige Fortpflanzung zur Minderheit im eigenen Land machen, wenn wir das so laufen lassen.

Heinsohn beklagt sehr eingängig und eloquent „die demografische Kapitulation“ (in Cicero 7/2007). Hauptproblem sei der ausbleibende Nachwuchs, der demografische Aderlass in Deutschland. „Die Bedrohung für die Wirtschaft, den Sozialstaat, das Gemeinwesen insgesamt wird als so groß empfunden, dass es unter den Demographen kaum einen gibt, der dem Land noch Hoffnungen macht.“²⁰ Auch hier wird wieder zwischen erwünschtem und unerwünschtem Nachwuchs unterschieden: da ist die „Hartz-IV-Bevölkerung“ als parasitärer Teil der Gesellschaft, den es durch Entzug staatlicher Hilfen einzugrenzen gilt. So sei Elterngeld eine „Vermehrungsprämie für Sozialhilfemütter“. Demgegenüber steht der „leistende Bevölkerungsteil“, der durch gezielte Anwerbung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland aufgestockt werden müsste, um unsere Wirtschaft und damit unseren Wohlstand zu retten. Allerdings sieht er Deutschland im globalen Wettbewerb um kluge

Köpfe gegenüber den angelsächsischen Ländern auf verlorenem Posten – wegen der bürokratischen Hürden und des verkrusteten Arbeitsmarktes²¹.

Da wird selbst unser Bevölkerungs-Experte Herwig Birg, Befürworter der „Rente ab '75“, zurückhaltend: „Wenn wir Ärzte und Ingenieure aus Schwelkenländern abziehen, nur weil wir selbst nicht in der Lage sind, für unseren Akademikernachwuchs zu sorgen, dann fehlt die Expertise dieser Menschen in ihrem Heimatland. ... Ich halte eine solche internationale Migration ethisch daher für mehr als fragwürdig.“ (in FOCUS Online vom 18.11.2009)

Aber Sarrazin, Heinsohn und Birg müssen sich keine Sorgen machen. Denn wir haben ja die Euro-Krise. Ärzte, IT-Fachkräfte und Ingenieure müssen nicht mehr per Green-Card aus Indien, China oder Tunesien angeworben werden. Die kommen von ganz allein – und zwar vor allem aus unseren europäischen Nachbarländern: meist qualifizierte junge Griechen, Portugiesen, Italiener, Spanier, Bulgaren und Rumänen, die aus ihren Ländern abwandern, weil sie dort noch weniger Perspektiven haben als bei uns – nämlich gar keine!

Die Jungen hauen ab. Zurück bleiben die Alten. Aus der Pyramide wird eine Zwiebel und schließlich die Urne. Demografischer Wandel als wahres Naturereignis! Und bald wird das Gros unserer Demografen und Neoliberalen klagen, dass die Griechen und die Spanier im eigenen Land nicht auf die Beine kommen, weil deren Nachwuchs wegläuft. So einfach ist das mit der Verkehrung von Ursache und Wirkung!

Bei uns dürfte es jedenfalls demnächst ein ganz schönes Gedränge auch um die qualifizierten Arbeitsplätze geben. Und ganz neue fremdenfeindliche Töne dazu. Dann wird es weniger um die bildungsfernen „kleinen Kopftuchmädchen“ gehen, „die unser Sozialsystem belasten“, als vielmehr um die hochqualifizierten jungen Leute aus den südeuropäischen Ländern, die „unsere“ Arbeitsplätze besetzen und die Löhne drücken. Was sagt dann wohl unsere ‚Generation Praktikum‘ dazu? Klar ist: Hier lassen sich soziale und ökonomische Probleme schnell zu ethnischen, religiösen oder gar rassistischen Problemen umdeuten.

Kurzum: Der verengte Blick auf die „Demografie“ eignet sich nicht erst seit heute als Folie für Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit. Vor allem in krisenhaften Zeiten. Deutliche Parallelen zur Weimarer Republik sind – bei allen Unterschieden – nicht zu verkennen ²².

Anmerkungen

- 1 Inzwischen sind wir in den Strudel einer Weltwirtschaftskrise, insbesondere in die „Euro-Krise“, geraten und haben das 10-jährige Jubiläum der Agenda 2010 gefeiert. Das zentrale Denkmuster aber ist das gleiche geblieben. So hat Kanzlerin Angela Merkel erst Anfang 2013 den „Demografischen Wandel neben der Globalisierung als die beiden größten Herausforderungen unserer Zeit“ bezeichnet und den zweiten „Demografieipfel“ auf die politische Agenda gesetzt.
- 2 Die Agenda 2010 führte bekanntlich zur Spaltung der SPD und war die Geburtsstunde der Partei Die LINKE. Angesichts der von linker Seite immer wieder harsch vorgetragenen Kritik an Rot-Grün als Initiatoren der Agenda-Politik muss aber daran erinnert werden, dass die wirtschaftsnahen Parteien – CDU/CSU und FDP – der Agenda 2010 zwar kritisch gegenüberstanden, aber nur, weil ihnen das Programm der Privatisierung und des Sozialabbaus nicht weit genug ging. Es war die Zeit, in der Deutschland als „kranker Mann Europas“ galt und der Ausweg in der „Neo-Liberalisierung“ des Wirtschaftslebens gesehen wurde.
- 3 Dieses Denkmuster beherrscht nach wie vor die gesamte Republik, besonders aber unsere Eliten. Vgl: „Elite: Demografischer Wandel ist die größte Herausforderung“ – das ist das Ergebnis einer aktuellen Befragung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. „Der demografische Wandel ist für 60 Prozent der Spitzen-Führungskräfte in Deutschland die dringlichste gesellschaftliche Herausforderung. An zweiter Stelle steht für die Elite der Wirtschafts-, Staats- und Finanzkrise (48 Prozent) „Die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Überwindung sozialer Ungleichheit betrachten nur 28 Prozent als wichtigstes Problem.“ Informationsdienst Wissenschaft vom 01.07.2013. Befragt wurden 354 Top-Entscheidungsträger aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Justiz, Militär, Kirchen und Medien.
- 4 Gemeint ist das von der amtlichen Statistik regelmäßig erhobene und auf die kommenden fünf Jahrzehnte hochgerechnete zahlenmäßige Verhältnis der Nicht-Mehr-Erwerbsfähigen (ab 65-Jährigen) zu den Erwerbsfähigen (20- bis 64-Jährigen).

- 5 Zu der Problematik gibt es bereits eine ganze Reihe kritischer Analysen und Artikel. Diese Positionen haben allerdings in der öffentlichen Debatte kaum Berücksichtigung gefunden. Vgl. dazu:
- "Mythos Demografie" aus der Reihe ‚Wirtschaftspolitik ver.di‘ vom Oktober 2003;
 - Christian Christen: „Alt gegen Jung – und am Ende alle ohne Rente? Zur Ideologie der ‚Generationengerechtigkeit‘“ in: Reader Nr. 2 des wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland 2003;
 - Gerd Bosbach: „Demografische Entwicklung – Realität und mediale Aufbereitung“ in: linksnet.de (Berliner Debatte - Initial 17 (3.8.2006)).

Dabei ist kritisch anzumerken, dass die Gegenargumente oft zu kurz greifen – wie auch das zentrale gewerkschaftliche „Dachdecker“-Argument gegen die Rente mit '67. Es ist eine unzulässige Verkürzung auf die körperlichen Belastungen der Beschäftigten. Es lässt die Volkskrankheit „Burn-Out“ bzw. „Depressionen“ und die psychischen Belastungen z.B. im Lehrerberuf völlig außen vor. Und es unterstellt, dass die Verlängerung der Lebensarbeitszeit sinnvoll wäre, wenn es die Gesundheit nur zuließe.

- 6 Dabei ist zu berücksichtigen, dass das durchschnittlich höhere Lebensalter wesentlich auf die deutlich gesenkte Geburtensterblichkeit zurückgeht.
- 7 mittels radikaler Kürzungen: Einführung des Rentenfaktors, stufenweise Beitragssenkungen von 67 auf 51 heute und demnächst 43 Prozent)
- 8 Diese Verkehrung wird ja noch weiter gesponnen: zurückgehende Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, Fachkräftemangel, Rückgang der Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen – alles wird verkehrt herum demografisiert.
- 9 Auch hier treffen wir wieder auf die verquere demografische Sichtweise – diesmal mit umgekehrtem Vorzeichen. Wieder werden Versorgungsprobleme und Untergangsszenarien an die Wand gemalt – nun aber nicht wegen zu niedriger, sondern wegen zu hoher Geburtenraten. Und mit Blick auf die immer mehr werdende Weltbevölkerung stellt sich dann auch die Frage nach der „Tragfähigkeit der Erde“. Dabei weiß inzwischen jeder, dass nicht die Vielen das Problem sind, sondern die Wenigen. Es ist deren global zerstörerische Lebensweise, die aus dem privatwirtschaftlich organisierten gewinnorientierten Wettbewerb resultiert. Es ist die entfesselte Marktwirtschaft, Kapitalismus pur. Es sind die Amerikaner und die Westeuropäer, die mit ihrem überdimensionalen „ökologischen Fußabdruck“ die natürlichen Lebensgrundlagen auf diesem Planeten zerstören – und zwar in zunehmendem Tempo.

- 10 Die hoch emotional geführte aktuelle Kontroverse um Kita-Ausbau versus Betreuungsgeld zeugt davon.
- 11 Die hohe Staatsverschuldung ist – anders als der Bund der Steuerzahler weismachen will – weniger öffentlicher Verschwendung geschuldet als vielmehr den Lasten, die die Privatwirtschaft systematisch auf den Staat abwälzt. „Die Unternehmen plündern den Sozialstaat aus“ (Hans-Jürgen Papier, ehemaliger Bundesverfassungsrichter). Man kann auch ganz populär ausdrücken: Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste! Oder pointiert gesagt: Wenn sich Unternehmen nur auf Basis einer Vollkostenrechnung wirtschaftlich betätigen dürften, hätten wir keinen Kapitalismus mehr.
- 12 Stichwort: Fehlende Kitas, Schulen, die in erbarmungswürdigem Zustand sind – nicht nur wegen fehlendem Lehrpersonal; Unis mit immer höheren NC-Hürden und natürlich weiterem Personalabbau. Schöne „Bildungsrepublik“! Schon heute! Und was wäre los, wenn wir heute noch die Geburtenraten der 60er Jahre hätten? 120 Mio. Einwohner statt 82. Und einen wunderschönen „Bevölkerungsbaum“ auf breiter Kinder-Basis.
- 13 Da helfen auch mehr Bildung und Chancengleichheit letztlich nicht weiter. Sie schaffen keine Arbeitsplätze! Sie verschaffen einem begrenzten Kreis von Individuen Vorteile, aber nicht allen. Wenn alle hoch qualifiziert sind, bleibt trotzdem das Problem, dass Arbeitsplätze permanent abgebaut und Löhne reduziert werden. Siehe ‚Generation Praktikum‘!
- 14 Vgl. dazu Gerd Bosbach: „Demografische Entwicklung – kein Anlass zur Dramatik“ (in diesem Buch ab Seite 27). Bosbach bezieht sich auf die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte „10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung“ vom Juni 2003. Veröffentlicht in: „nachdenkseiten.de“ vom 17.02.2004. Inzwischen gibt es aktuellere Daten mit Vorausberechnungen bis 2060. Alten- und Gesamtquotient ändern sich dadurch aber nicht substantiell.
- 15 Das Ausmaß der systembedingten Verschwendung mit allen ökologischen Folgen wäre vielleicht auch ein Thema für den Bund der Steuerzahler.
- 16 Wachstumskritik kommt nun verstärkt auch aus der konservativen Ecke, wie z. B. von unserem Marktpropheten Meinhard Miegel. Im Übrigen: Wie wenig unseren Christ-Demokraten an der „Schöpfung“ liegt, wenn’s um die Wurst, nämlich um die energiehungrige Wirtschaft geht, zeigt ihre Anhänglichkeit bei der Atomkraft. Christliches Weltbild als Grundlage unsere Gesellschaftsordnung. Leitkultur oder Leidkultur?

- 17 Die Frage ist doch nur, ab wann die abhängig Beschäftigten Anspruch auf ihre Rente haben bzw. wie viel Abschläge sie in Kauf nehmen müssen, wenn sie vorzeitig aufhören müssen oder wollen. Und das ist eine Verteilungsfrage.
- 18 Dazu auch: Thomas Etzemüller „Ein ewigwährender Untergang – Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert“ transcript Verlag, Bielefeld 2007.
- 19 Burgdörfer war Abteilungsleiter beim Statistischen Reichsamt; 1933 Mitglied im Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik im Reichsinnenministerium; 1939 wechselte er zum Bayerischen Statistischen Landesamt und wurde dessen Präsident; 1940 verfasste er ein Gutachten für das Auswärtige Amt, das sich mit der Möglichkeit der Umsiedlung der Juden nach Madagaskar beschäftigte; dann Mitherausgeber der ‚Zeitschrift für Rassenkunde‘ und des ‚Archivs für Rassen- und Gesellschaftsbiologie‘; in München bis Oktober 1945 im Amt, bevor er von der amerikanischen Militärregierung entlassen wurde. Vier Jahre später bekam er einen Lehrauftrag an der Universität München und wurde Mitglied in der ‚Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft‘. Die ‚Deutsche Statistische Gesellschaft‘ nahm ihn 1960 als Ehrenmitglied auf.
- 20 Heinsohn: „Sozialhilfe auf fünf Jahre begrenzen“ In: FAZ.NET vom 25.03.2010
- 21 Heinsohn widmet sich zudem – in „Söhne und Weltmacht“ – der Bedrohung durch den Überschuss an jungen Männern („Youth Bulge“), die als potenzielle Terroristen die Welt verunsichern. Und er bekommt viel Beifall von Prominenten wie Sloterdijk, Henkel, Baring u.a. und viel Aufmerksamkeit in Printmedien und Talk-Runden.
- 22 Die Brüning’sche Austeritäts- und Arbeitsmarktpolitik und deren fatale Folgen von Massenarbeitslosigkeit, Verelendung breiter Bevölkerungsschichten und deren politische Radikalisierung wird zunehmend in Erinnerung gerufen angesichts der Situation in der Eurozone.

Über den Autor

Dr. Günter Berg ist Soziologe und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac. Er war hauptberuflich als Referent im Statistischen Landesamt Berlin, später als stellv. Referatsleiter im Innenministerium Brandenburg tätig.

Prof. Dr. Gerd Bosbach:

Demografische Entwicklung – kein Anlass zur Dramatik

In der heutigen gesellschaftspolitischen Diskussion spielt der zukünftig zu erwartende demografische Wandel eine sehr große Rolle. Vor allem in den Bereichen Gesundheit und Rente wird vor den Folgen einer „Überalterung“ in Deutschland gewarnt. Anhand der im Juni 2003 veröffentlichten Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes für die Jahre bis 2050 weist der Autor nach, dass bei ganzheitlicher Betrachtung der Daten kein Anlass zur Dramatik besteht. Ausführungen über den Wert von Langfristprognosen runden die Kritik am herrschenden „Demografie-Pessimismus“ ab.

In der politisch-ökonomischen Diskussion der letzten Monate spielte die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, veröffentlicht im Juni 2003, eine sehr große Rolle. Fast einem Naturgesetz gleich dient die zu erwartende demografische Entwicklung als Hauptargumentation für Veränderungen im Rentensystem, aber auch für Einschnitte im Gesundheitswesen.

Franz Müntefering (SPD), Sommer 2003:

„Wir Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit die drohende Überalterung unserer Gesellschaft verschlafen. Jetzt sind wir aufgewacht. Unsere Antwort heißt: Agenda 2010! Die Demografie macht den Umbau unserer Sozialsysteme zwingend notwendig.“¹

Gerhard Schröder, Sommer 2003:

„Und wir müssen anerkennen und aussprechen, dass die Altersentwicklung unserer Gesellschaft, wenn wir jetzt nichts ändern, schon zu unseren Lebzeiten dazu führen würde, dass unsere vorbildlichen Systeme der Gesundheitsversorgung und Alterssicherung nicht mehr bezahlbar wären.“¹

Während über die Konsequenzen hart diskutiert und gestritten wird, gelten die Berechnungen der Statistiker selbst als unumstritten und gleich einem Naturgesetz wird angenommen, dass alles genau so in 47 Jahren eintritt².

Dass diese Prognosegläubigkeit unberechtigt ist und auch von den Fachleuten des Statistischen Bundesamtes gar nicht so gesehen wird, belegt dieser Aufsatz. Und selbst, wenn die Vorhersagen so eintreffen würden, haben sie bei weitem nicht die Dramatik, die uns in den letzten Monaten vorgeführt wurde. Auch dies belegt dieser Aufsatz, meist mit Fakten und Sichtweisen, die von den Fachleuten des Amtes in ihrer gut 50 seitigen Presseveröffentlichung³ dargestellt wurden.

Der Autor war von 1988 bis 1991 als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes überwiegend in der Bonner Beratungsstelle des Amtes tätig und hat dort das Wirtschafts- und Finanzministerium und die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages in Fragen der amtlichen Statistik beraten. Aufgrund einer Anfrage des Ex-Bundeskanzlers Helmut Schmidt hat er sich 1990 intensiv mit der Materie Bevölkerungsprognosen beschäftigt.

Kurzdarstellung der wesentlichen Annahmen und Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Die wesentlichen Voraussetzungen und Modellannahmen für die Berechnungen sind:

1. Bevölkerungsstand und -aufbau zum 31.12.2001.
2. Konstanz der Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern pro Frau bis 2050 (in den neuen Bundesländern erst ab 2011).
3. Zunahme der Lebenserwartung. Dazu wurden drei Varianten untersucht. Den meisten Veröffentlichungen, auch des Amtes liegt die mittlere Variante zugrunde. Danach wird die Lebenserwartung Neugeborener im Jahre 2050 rund 6 Jahre mehr betragen als heute (für Jungen 81,1 Jahre, für Mädchen 86,6 Jahre).
4. Saldo zwischen Zu- und Abwanderungen von Ausländern nach bzw. aus Deutschland. Auch dort wurden drei Varianten berechnet, wovon die mittlere Variante mit einem jährlichen Wanderungsüberschuss nach Deutschland von 200.000 Personen Grundlage der meisten Publikationen ist.

Mit diesen und einigen wenigen, vergleichsweise unbedeutenden Annahmen⁵ lässt sich der Bevölkerungsaufbau für alle Folgejahre berechnen. Schwerpunkt der öffentlichen Darstellung wurde auf das Jahresende 2050 gelegt, aber auch die Situationen an den Zwischenzeitpunkten 2010, 2020, 2030 und 2040 sind veröffentlicht.

„Die Alterung wird also nicht erst in 50 Jahren zu Problemen führen, sondern bereits in den nächsten beiden Jahrzehnten eine große Herausforderung für Wirtschaft, Gesellschaft sowie vor allem für die sozialen Sicherungssysteme darstellen. Diese Entwicklung ist vorgegeben und unausweichlich: ...“ So interpretierte der Präsident des Statistischen Bundesamtes Johann Hahlen die Ergebnisse anlässlich der Pressekonferenz zur Vorstellung der Modellrechnung am 6.6.2003.⁶

Die Zahlen, auf die sich Hahlen stützt:

auf hundert Menschen mittleren Alters (20 bis unter 60 Jahre) kommen

Jahr	Ältere
2001	44
2050	78

Datenquelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2050
10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung
Variante 5 ("mittlere" Variante)
Statistisches Bundesamt
Presseexemplar vom 6.6.2003

Tabelle 1

Aber stimmt das wirklich? Drei gewichtige, unten aufgeführte statistisch-logische Argumente wecken starke Zweifel.

So ist auch in einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom Tage der Veröffentlichung der Berechnung zu lesen:

„Weil die Entwicklung der genannten Bestimmungsgrößen mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt 31.12.2001 immer unsicherer wird, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter. Sie sind für den jeweiligen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten keine Prognosen, sondern setzen die oben beschriebenen Annahmen um.“

Die Fachleute des Amtes wissen also nichts von der angeblichen Unausweichlichkeit der Entwicklung, wie sie der Jurist und politische Beamte Johann Hahlen – direkt dem Bundesministerium des Innern unterstellt, in dem er vorher 18 Jahre tätig war – der entsetzten Öffentlichkeit präsentiert.

Aber selbst wenn die Modellrechnungen Wirklichkeit würden, so zeigen vier Betrachtungen deutlich auf, dass die Folgen einer Alterung der Gesellschaft nicht zu Wohlstandsverlust führen müssen. Auch bei diesen Betrachtungen stützt sich der Autor dieses Aufsatzes überwiegend auf Fakten, die die Fachleute des Amtes am 6. Juni der Presse übergeben haben, von der Öffentlichkeit aber weitgehend unbemerkt.

Dass die Argumente statistischer Natur sind, sei der Profession des Autors geschuldet und ist auch beabsichtigt, um der behaupteten Unumstößlichkeit des statistischen „Naturgesetzes“ Demografie die Grundlage zu entziehen.

Argument 1:

50 Jahres-Prognosen sind moderne Kaffeesatzleserei

Ein Blick um 50 Jahre zurück bestätigt obige These eindrucksvoll:

Zwangsläufig hätte man 1950 bei einer Schätzung für das Jahr 2000 u.a. folgende Einflussfaktoren übersehen müssen:

- m** Entwicklung und Verbreitung der Antibabypille;
- m** Anwerbung und Zuzug von ausländischen Arbeitskräften und ihren Familien;
- m** Trend zur Kleinfamilie bzw. einem Single-Dasein;
- m** Öffnung der Grenzen im Osten mit dem Zuzug von etwa 2,5 Millionen Aussiedlern aus den osteuropäischen Ländern nach Deutschland.

Da hätten auch die besten Berechnungsprogramme nichts genutzt, denn auch diese können nur existierende, bekannte Trends fortschreiben. Strukturbrüche sind halt nicht vorhersagbar. Das ist das Problem jeder Langfristprognose!

Noch schärfer wird die Betrachtung, wenn wir annehmen, im Jahre 1900 sei eine 50 Jahres-Prognose gewagt worden. Es wären schlicht zwei Weltkriege übersehen worden!

Wenn zutreffende 50 Jahres-Prognosen in der Vergangenheit unmöglich waren, warum sollen sie in unserer schnelllebigen Zeit dann plötzlich wie ein Naturgesetz gelten?

Diese Einsicht teilen auch die Experten des Amtes (s. obiges Zitat), sie wird nur in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen.

Argument 2:

Die Modellannahmen sind durch die Politik beeinflussbar

Politiker und Presse stellen die demografische Entwicklung als unveränderbar dar. Dabei sind zwei wichtige Annahmen des Berechnungsmodells direkt durch die Politik beeinflussbar:

1. Kinderanzahl pro Frau

Mit familien- und kinderfreundlicher Politik, mit Berufschancen für Mütter lässt sich einiges machen. Das zeigt z.B. Frankreich, das mit entsprechender Politik die Anzahl der Kinder pro Frau von 1993 mit 1,65 im Jahr 2000 auf 1,88 (plus 14%) steigern konnte.

2. Wanderungsüberschuss

Der Zuzug von Ausländern nach Deutschland ist ganz offensichtlich eine Frage der Ausländer-, Europa- und Integrationspolitik. So hängt der Zuzug von EU-Bürgern aus den neuen Beitrittsländern, vor allem nach der vollständigen Freizügigkeit für Arbeitnehmer, stark von der Attraktivität Deutschlands ab. Und allein die politische Entscheidung, die Türkei in die EU aufzunehmen, hätte immensen Einfluss auf den Bevölkerungsstand.

Zwei der drei wichtigen Stellschrauben des Rechen-Modells sind also von der Politik abhängig und nicht umgekehrt.

Auch die dritte wichtige Modellannahme, der Anstieg der Lebenserwartung um ca. 6 Jahre, ist alles andere als eine sichere Prognose. Nicht nur Pädiater sind angesichts von Adipositas (Fettleibigkeit) bei ca. 25 Prozent der Kinder, Bewegungsarmut, frühzeitigem Konsum von Alkohol, Nikotin und Drogen, oft schon in ihrer körperlichen Entwicklungsphase zwischen dem 11. und 14. Lebensjahr beginnend, unsicher, ob der Trend tatsächlich langfristig in diese Richtung geht.

Argument 3: Zur „Lebensdauer“ und Trefferquote von Bevölkerungsvorausberechnungen

Wegen der großen Unsicherheiten bei den Modellannahmen, sieht sich das Statistische Bundesamt meist schon nach kurzer Zeit gezwungen, neue Berechnungen vorzunehmen. Die „Lebensdauer“ der letzten 9 koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen betrug im Schnitt 4 Jahre. Beispielsweise sind die letzten drei „alten“ Berechnungen in den Jahren 1992, 1994 und 2000 veröffentlicht worden. Zusätzlich wurde im Jahre 1995 eine Rechnung im Auftrag des Bundesministeriums des Innern durchgeführt und 1996 vom BMI veröffentlicht.

Zwei Schlaglichter belegen die großen Unsicherheiten bei Bevölkerungsprognosen:

- m** Das Amt errechnete in seiner 7. Vorausberechnung für das Jahr 2030 einen Bevölkerungsstand von 69,9 Millionen Einwohnern. Nur zwei Jahre später in der 8. Vorausberechnung lag der Wert je nach Variante um 3,8 bis 11,2 Millionen höher!
- m** In seiner 10. Vorausberechnung sind 9 Varianten berechnet und veröffentlicht worden. Die Spannweite für die erwartete Bevölkerung für das Jahr 2050 ist von 67,0 (Variante 1) bis 81,3 Millionen (Variante 9), beträgt also 14,3 Millionen Menschen. (Für die meist zitierte mittlere Variante 5 wurden 75,1 Millionen Bundesbürger errechnet.)

Allein diese Fakten zeigen, dass die von vielen Politikern und leider auch von vielen Journalisten als sicher beschriebene Entwicklung im höchsten Grade unsicher ist!

Vorbemerkung zu den nachfolgenden Argumenten oder: Wenn doch alles so Wirklichkeit wird

Trotz der oben geäußerten Unsicherheiten über die Entwicklung der Bevölkerung schließt der Autor natürlich nicht aus, dass die zukünftige Realität in der Nähe der Vorausberechnungen liegen kann. Dies hätte aber bei weitem nicht die dramatischen Auswirkungen, wie sie aller Orten wie ein Teufel an die Wand gemalt werden. Das zeigen die folgenden Überlegungen, anhand der Daten der Variante 5 der amtlichen Berechnung. Diese sogenannte mittlere der neun gerechneten Varianten liegt auch den meisten Veröffentlichungen des Amtes und der Presse zugrunde.⁸

Übrigens, die meisten der unten aufgeführten Überlegungen haben auch die Fachleute des Amtes durchgeführt und in ihrer ausführlichen Presseveröffentlichung dargestellt, z.T. leider etwas verschämt im Tabellenanhang.

Argument 4:

Auch die Jungen wollen ernährt werden!

Bei so gut wie allen Betrachtungen zum Thema Demografie wird getan, als wenn die erwerbsfähige Bevölkerung (meist als 20- bis unter 60-Jährige angenommen) nur ihre Alten zu ernähren hätte. Dass Kinder und Jugendliche neben Essen, Kleidung und Wohnen – oft von den Eltern finanziert – auch gesellschaftliche Ausgaben erfordern, z.B. für Kindergärten, Schulen, Gesundheit, inkl. Personal, wird meist nicht beachtet. Bei seriösen Betrachtungen darf nicht nur der Altenquotient, sondern muss auch der Jugendquotient dargestellt werden. Die Summe beider, der sogenannte Gesamtquotient, ist eine aussagekräftige Größe über die von den Erwerbsfähigen zu versorgenden Menschen.

Aus der Veröffentlichung der Fachleute des Statistischen Bundesamtes (ebenda S. 42), die sich diesem Gedanken nicht verschließen, sind die folgenden Daten entnommen:

auf hundert Menschen mittleren Alters (20 bis unter 60 Jahre) kommen

Jahr	Ältere	Junge	Gesamt
2001	44	38	82
2050	78	34	112

Datenquelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2050
 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung
 Variante 5 ("mittlere" Variante)
 Statistisches Bundesamt, Presseexemplar vom 6.6.2003

Tabelle 2

Während der Altenquotient um 77 Prozent steigt, ergibt sich für den Gesamtquotienten ein Plus von 37 Prozent. Die Dramatik hat sich allein bei Einbeziehung der jungen Generation in die Betrachtung schon halbiert.

Auch hier lohnt ein Blick in die Vergangenheit. 1970 gab es auf 100 Erwerbsfähige 60 Junge und 40 Ältere, also eine Gesamtzahl von 100. D.h. auch bei Eintreffen der Prognose des Statistischen Bundesamtes wächst die Zahl der zu Versorgenden bis 2050 nur um 12 Prozent gegenüber 1970!

Argument 5:

Sechs Jahre länger leben, keinen Tag länger arbeiten

Mit dieser zugegeben provozierenden Überschrift möchte ich auf eine merkwürdige Blickverengung der Dramatisierer hinweisen. Sie nehmen an, dass die Menschen deutlich länger leben, dass dadurch die Erwerbsfähigen überfordert sind, es also einen Arbeitskräftemangel gibt. Trotzdem gehen sie bei ihren Berechnungen von dem selben Renteneintrittsalter wie heute aus! Manche nehmen für heute und für 2050 dabei das offizielle Alter von 65, manche das tatsächliche durchschnittliche Renteneintrittsalter von 60 Jahren. Aber übereinstimmend nehmen sie für 2003 und 2050 das selbe Alter!

Auch hier unterscheiden sich die Fachleute des Bundesamtes wohlthuend. Sie berechnen auch die Entwicklung, wenn heute bis 60 und 2050 bis 65 Jahre gearbeitet wird (ebenda S. 42).

auf hundert Menschen mittleren Alters kommen

Jahr	Ältere	Junge	Gesamt	Definition mittleres Alter
2001	44	38	82	20 bis unter 60 Jahre
2050	55	30	85	20 bis unter 65 Jahre

Datenquelle: Bevölkerung Deutschlands bis 2050
 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung
 Variante 5 ("mittlere" Variante)
 Statistisches Bundesamt, Presseexemplar vom 6.6.2003

Tabelle 3

Die Zahlen der amtlichen Statistiker aus obiger Tabelle sprechen für sich!

Der Autor tritt damit nicht für eine generelle Anhebung des tatsächlichen Renteneintrittsalter um 5 Jahre ein. Aber den heutigen, vielfach durch Arbeitslosigkeit oder ihre Androhung verursachten Zustand der Frühverrentung auf das Jahr 2050 bei längerer Lebenserwartung und angeblichem Arbeitskräftemangel fest zu schreiben, ist schlichtweg unseriös! Und auch wenn das tatsächliche Renteneintrittsalter nicht auf 65, sondern auf 63 Jahre ansteigt, ist bei dieser Gesamtbetrachtung jegliche Dramatik der demografischen Entwicklung verloren gegangen.

Argument 6: Produktivitätsfortschritt erlaubt mehr Rentner

Die heutige Diskussion ist von einer statischen Betrachtungsweise geprägt. Die Leistungsfähigkeit eines heutigen Beschäftigten wird auch für das Jahr 2050 unterstellt. Nur so kann ein Anstieg der Zahl der zu ernährenden Rentner bedrohlich wirken. Damit wird komplett ausgeblendet, dass aufgrund des technischen Fortschritts ein Arbeitnehmer immer mehr herstellen kann. Wie hoch die Arbeitsproduktivität steigt, kann niemand voraussagen. Die Werte der letzten Jahrzehnte zu unterstellen, wäre nicht seriös.

Um das Ausmaß von Produktivitätsentwicklung sichtbar machen zu können, beziehe ich mich im Folgenden auf die Prognosen der Herzog- und der Rürup-Kommission, rechne also weiterhin mit den niedrigen Zahlen der „Dramatisierer“:

jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität	ergibt eine Gesamtsteigerung 2001 bis 2050
1,25 % (Herzog-Kommission)	um 84 %
1,80 % (Rürup-Kommission)	um 140 %

Tabelle 4

Aufgrund dieser **Leistungssteigerung von mindestens 84% bis 2050** ist jeder Beschäftigte, der seinen Anteil an der gestiegenen Produktivität auch erhält, in der Lage, etwas mehr für die Rentner und Kinder abzugeben, ohne selbst auf die Teilnahme am Fortschritt verzichten zu müssen. Eine Einschränkung, wie uns immer wieder eingeredet wird, ist wirklich nicht nötig.

Zusätzliche Leistungen sind erwirtschaftbar, wenn über den Abbau der Arbeitslosigkeit das Potenzial der Erwerbsfähigen genutzt würde. Diese Steigerung sind bei den Daten in Tabelle 4 nicht berücksichtigt.

Eine vereinfachte Überschlagsrechnung soll verdeutlichen, wie immens die Wirkung von Produktivitätssteigerungen ist:

Erhält heute ein Arbeitnehmer inkl. Sozialversicherungsanteil des Arbeitgebers 3.000 € so zahlt er etwa 600 € (20%) für Rentner. Es verbleiben ihm also 2.400 €. Nach der niedrigeren Annahme der Produktivitätssteigerung um 1,25% (Herzog-Kommission) würden aus den 3.000 € inflationsbereinigt 50 Jahre später 5.583 €. Bei einer Steigerung des Abgabesatzes für Rentner auf 30% verblieben dem Arbeitnehmer immerhin noch satte 3.908 € (plus 63%). Selbst bei einer völlig unrealistischen Verdoppelung des Beitrages auf 40% Rentenversicherungsbeitrag verblieben dem Arbeitnehmer mit 3.350 € noch 40 Prozent mehr als heute. Von „unbezahlbar“ also gar keine Rede, wenn die Produktivitätssteigerungen auch anteilig an die Arbeitnehmer ausbezahlt werden.

Dabei ist noch nicht berücksichtigt:

- Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 60 Jahre;
- Einsparungen durch die ca. 30% weniger Kinder und Jugendliche;
- Abbau der Arbeitslosigkeit;
- Angenommen wurde nur die niedrigste der von den Fachleuten prognostizierten Produktivitätssteigerungen!

Argument 7:

Auswahl des „worst case“

Bei genauer Datenbetrachtung der Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes fällt auf, dass mit 2050 für die Prognose die schlechteste 10-Jahres-Stufe ausgewählt wurde. Wären die Berechnungen bis 2060 geführt worden, wären die heute geburtenstarken Jahrgänge der 30- bis 40-Jährigen – 2050 noch in nennenswerter Zahl Rentner – überwiegend verstorben. Das Zahlenverhältnis würde sich wieder zu Gunsten der Erwerbsfähigen verändern. Und für 2040 zeigen die Zahlen des Statistischen Bundesamtes ebenfalls eine günstigere Situation als 2050.

War die **Auswahl des Jahres mit der höchsten „Dramatik“** Zufall oder politisch beauftragt?

Zum Schluss ein paar ketzerische Fragen

Nach diesen harten statistischen Fakten, seien dem Autor zum Schluss einige Fragen gestattet:

- m Warum wurden diese viel zu langfristigen Rechnungen durchgeführt und anschließend fast täglich dramatisch vorgeführt?
- m Versucht diese Regierung tatsächlich bis zum Jahre 2050 zu planen? (Dies entspricht einer Planung Adenauers im Jahre 1956 für heute!)

Gucken wir dazu mal auf den Zusammenhang, in dem die „demografische Zeitbombe“ benutzt wird.

„Diese Solidarität unter veränderten ökonomischen Bedingungen in einer globalisierten Welt, aber auch angesichts der veränderten demographischen Entwicklung zu gewährleisten ist unsere Aufgabe. Dass wir alle glücklicherweise immer älter werden und die Lebenserwartung steigt, auf der anderen Seite aber zu wenig Kinder geboren werden, ist die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts.“

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

09.09.2003 Erste Lesung der Gesundheitsreform im Deutschen Bundestag.

Rede von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt ¹⁰

So oder ähnlich wird heute jedesmal argumentiert, wenn **wegen aktueller Probleme** in das Gesundheits- oder Rentensystem eingegriffen wird!

Dabei hat das Statistische Bundesamt die deutliche Auswirkung der Alterung erst für die Jahre nach 2020 berechnet. Bis 2010 steigt der Altenquotient so gut wie gar nicht, bis 2020 moderat.

Und damit zur letzten ketzerischen Frage:

- m Soll mit dem „Hammer“ Demografie von einem ganz anderen Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen abgelenkt werden? Will man die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer von der Teilhabe am Produktivitätsfortschritt langfristig abkoppeln? Dann wären die Arbeitnehmer tatsächlich nicht so leicht in der Lage, die Versorgung der Jungen und Älteren zu übernehmen.

Das hätte allerdings weniger mit den „unausweichlichen“ Folgen des Alterungsprozesses zu tun, sondern wäre eine bewußte, politische Entscheidung in Fragen der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums!

Die Thesen auf einen Blick:

1. 50-Jahres-Prognosen übersehen zwangsläufig die vielfältigen Strukturbrüche.
2. Die Modellannahmen der Bevölkerungsberechnungen sind keine Naturgewalten, sondern z. T. durch die Politik beeinflussbar.
3. Bevölkerungsvorausberechnungen werden alle paar Jahre wegen veränderter Grundlagen mit anderen Ergebnissen wiederholt.
4. Bei Finanzierungsberechnungen müssen Ältere und Junge gemeinsam betrachtet werden.
5. Bei Arbeitskräftedefizit und längerer Lebenserwartung wird sich auch das Renteneintrittsalter erhöhen, ist ergo auch bei den Darstellungen zu berücksichtigen.
6. Der Produktivitätsfortschritt in 50 Jahren lässt uns auch weitere Lasten schultern.
7. Mit 2050 wurde bewusst oder unbewusst das dramatischste Jahr ausgewählt.

Anmerkungen

- 1 zitiert nach „Mythos Demografie“, Broschüre der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft, S. 1
- 2 Die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes gehen bis zum 31.12.2050
- 3 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Presseexemplar
- 4 Dies entspricht in etwa der Geburtenhäufigkeit in Westdeutschland in den letzten 25 Jahren.
- 5 Wanderungsverhalten der Deutschen, Details über Geschlechts- und Altersstruktur der Zuwanderer, Angleichung der Lebenserwartung in den neuen Bundesländern an das Niveau in Westdeutschland
- 6 www.destatis.de/presse/pm2003/p2301022.htm
- 7 Wegen der einfachen Lesbarkeit wird die Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes für 49 Jahre – Bevölkerungsstand Ende 2001 bis Ende 2050 – im folgenden oft als 50-Jahres-Prognose bezeichnet.
- 8 Mittlere Annahme über die Zunahme der Lebenserwartung um 6,3 Jahre bei Männern und 5,8 Jahre bei Frauen und mittlere Annahme über das Wanderungssaldo: plus 200.000/Jahr
- 9 Wegen der Verständlichkeit sind die, unter Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnungen dargestellten Zahlen der Veränderungen der Lebenserwartung eines Neugeborenen benutzt. Korrekt muss mit der Prognose für die Lebenserwartung der 60-Jährigen argumentiert werden: 2050 für Männer +4,5 Jahre gegenüber heute, bei Frauen +4,7 Jahre.
- 10 www.bmgs.bund.de/deu/gra/aktuelles/reden/bmgs/index_3742.cfm

Über den Autor

Prof. Dr. Gerd Bosbach lehrt Statistik, Mathematik und Empirik an der Fachhochschule Koblenz, Standort Remagen.

Geboren 1953 in Euskirchen, hat er im Bereich Statistik an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln promoviert.

Berufserfahrung sammelte er u.a. bei dem Statistischen Bundesamt (1988 bis 1991), dort vor allem in der Bonner Beratungsstelle für Ministerien und Bundestag, und in der Abteilung Statistik der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung.

Fragen und Anmerkungen bitte an bosbach@rheinahr-campus.de

Herausgeber

KLARtext e.V.

c/o Tobias Weißert
Gebeschusstr. 56
65929 Frankfurt

www.klartext-info.de
info@klartext-info.de

Autoren

Günter Berg
Gerd Bosbach

Bestellung der Broschüre

Gegen eine Spende (mind. 1 Euro)
plus evtl. Versandkosten
über info@klartext-info.de

Stand

1. Auflage, September 2014

Spendenkonto

Klartext e.V. 737607
Postbank Frankfurt
BLZ 50010060
IBAN DE09500100600000737607
BIC PBNKDEFFXXX